



Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1/2 Sgr. Inzerionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 166. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 10. April 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Lemberg, 8. April. Bei Karol (öster. Flecken in Galizien an der Grenze des Gouvernements Lublin) haben Kosaken fliehende Insurgenten auf österreichisches Gebiet verfolgt. Zwei Insurgenten wurden hierbei getödtet, zwei verwundet und 6 gefangen genommen. Weitere Details fehlen noch.

Varis, 9. April. Man versichert, der Sultan habe dem Vicekönig von Egypten einen Firman in Bezug auf den Suezcanal überbracht. (B. B. S.)

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

30. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (9. April.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung nach 12 1/2 Uhr. Am Minister-Tisch: Hr. v. Bodelschwingh und zwei Regierungs-Commissare.

In die Commission für Handel und Gewerbe ist an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Kroschke der Abg. Reichenheim gewählt worden. ... In die Commission für Handel und Gewerbe ist an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Kroschke der Abg. Reichenheim gewählt worden.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Wahlprüfung des Abg. Kreisrichter Blochmann. Seine Wahl wird ohne Discussion für gültig erklärt.

Es folgt die Berathung des Berichts der Finanz-Commission über den Gesetzentwurf wegen Einführung der Klassensteuer in Stelle der Mahl- und Schlichtsteuer in der Stadt Zaborowa, welche letztere Steuer nicht mehr geeignet scheint, da der Verkehr der Stadt und die Lebensweise der Bewohner sich seit Jahren durchaus verändert hat; das Steueraufkommen ist höchst unbedeutend geworden; Magistrat und Stadtverordnete von Zaborowa wünschen übereinstimmend die Veseitigung der Mahl- und Schlichtsteuer.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der zweite Bericht der Untersuchungscommission über Petitionen. Die Petitionen haben durchweg nur locales Interesse, die Commission beantragt überall Tagesordnung.

Die Gemeinden Domsen und Tornau haben an die Regierung zu Merseburg, sowie an das Kultusministerium den Antrag gestellt, den Rüsterverband mit der Gemeinde Grünau aufzulösen. Sie sind mit dem Antrage abgewiesen und haben sich deshalb an das Haus der Abgeordneten gewendet.

Der Commissions-Antrag wird hierauf angenommen.

Der Magistrat und die Stadtverordneten von Schwedt erneuern ihre, in der letzten Sitzungsperiode eingebrachte, aber unerledigt gelassene Petition vom 7. Juni 1862. 1) Sie verlangen, daß die Regierung in Potsdam angewiesen werde: die Lehrer-Verhältnisse an der Schule von Schwedt bis zum Erscheinen des Unterrichts-Gesetzes in der bisherigen Lage zu belassen, also ihre bereits durch executive Maßregeln zur Ausführung gebrachte Verfügung vom 9. Februar 1861 aufzuheben und von der Mehrforderung an Gehältern für die einzelnen Stellen abzusehen, namentlich auch die Cantorstelle in der bisherigen Dotirung zu belassen und von der Mehrforderung von 83 Thln. abzusehen.

Abg. Ludwig weist auf die Nothwendigkeit des Erlasses des Unterrichts- und Schulgesetzes hin und behauptet, daß es äußerst fraglich wäre, ob der Regierung hier das verfassungsmäßige Recht zur Seite stehe. Die Commission habe diese Frage gar nicht in Erwägung gezogen und beantrage er deshalb die Zurückweisung der Petition an die Commission zur nochmaligen Berathung.

Der Gemeinderath zu Esfen wiederholt seine vorjährige Beschwerde über eine Anordnung des Kreis-Landraths in Betreff der Erbauung einer neuen dreiklassigen Schule und Einrichtung von zwei Lehrerwohnungen und beantragt die Aufhebung dieser Anordnung. Die Commission beantragt Tagesordnung.

Es folgt der zweite Petitions-Bericht der Gemeinde-Commission: Der Gemeinderath zu Katterberg, Kreis Montjoie, beschwert sich: daß die Regierung zu Aachen auf Grund eines Reglements vom 23. Januar 1856 die Gemeinde zwingt, einen Communalweg 2ter Klasse (einfacher Verbindungsweg zwischen benachbarten Ortschaften) auszuführen.

sion findet daher, daß der fragliche Weg unmöglich unter die Wege gezählt werden könne, die von der Gemeinde zu unterhalten seien, und sie beantragt einstimmig Ueberweisung an die Regierung zur schleunigen Berücksichtigung, — zur schleunigen, da der Ausbau der Wegestrecke bereits begonnen, und die arme Gemeinde schon pro 1862 eine Zwangsauslage von ca. 1000 Thlr. habe zahlen müssen.

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen. Die nächste Petition betrifft eine ähnliche Frage: die Regierung zu Arnberg bat der Gemeinde Küstelberg (Kreis Brilon) angeduldet, einen bestehenden Communicationsweg nach einer benachbarten Gemeinde eingehen zu lassen und dafür einen neuen durch ein anderes Terrain anzulegen, durch welches nie ein Communicationsweg geführt hat.

Aus diesem Antrage tritt das Haus ohne Discussion einstimmig bei. Die folgende Petition, eine Beschwerde der Stadtverordneten zu Wilschowa wegen verweigerter Bestätigung ihres Bürgermeisters seitens der polener Regierung, hält die Commission durch die inzwischen erfolgte Bestätigung seitens des Ministeriums des Innern für erledigt.

Abg. Koblenz nimmt daraus Veranlassung, zur Geschäftsordnung zu bemerken, es sei wünschenswerth, daß solche Petitionen, deren Erledigungsart zweifellos sei, nicht erst gedruckt würden.

Es folgt die Beschwerde der Rostäthen zu Treplin wegen Nichtbeachtung der Form bei Abschluß eines Jagdpachtcontractes mit einem Hrn. v. Burgsdorf. Die Commission beantragt den Uebergang zur Tagesordnung, der nach einigen Bemerkungen der Abg. Dr. Simson, v. Diederichs, Fliegel und des Reg.-Commissars über die Zusammensetzung und die Rechte der Vorstände ländlicher Gemeinden bei Schließung von Jagdcontracten angenommen wird.

Magistrat und Stadtverordnete zu Liffit bekräftigen in einer Petition, daß die Heranziehung der Militärpersonen und ihrer Angehörigen mit ihrem Privat-Einkommen zu den Communallasten durch ein zu erlassendes Gesetz angeordnet werde.

Die Commission beantragt einstimmig, in Erwägung, daß der Erlass eines besonderen Gesetzes, betreffend die Heranziehung der servischberechtigten Militärpersonen mit ihrem außerdienstlichen Einkommen sich nicht empfiehlt, daß dagegen der beregte Gegenstand zweckdienlich nur bei Gelegenheit der dringend nothwendig erscheinenden Revision der gesamten Communal-Gesetzgebung des Staates geregelt werden kann, zur Tagesordnung überzugehen.

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf Seeschiffen.

Berlin, 9. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Regierungs-Secretär, Rechnungs-Rath Walsleben zu Frankfurt a. D., den rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem Tribunals-Rath Sarko zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Geheimer Justiz-Rath zu verleihen; die Kreisrichter von Sperling in Neustettin und Albrecht in Stolp; Mitschmann in Wehlau und Kapp in Ortelburg; so wie Müller in Cammin und Schlieben in Stargard in Pommern zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen, dem Rechtsanwält und Notar Kempe daselbst den Charakter als Justiz-Rath und dem Kreisgerichts-Secretär Otto in Treptow a. E. den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; den Spiritual am Waisenhaus ad St. matrem dolorosam in Breslau, Lorenz Marx, zum Direktor des katholischen Schullehrer-Seminars daselbst zu ernennen; die Wahl des Prorektors am Gymnasium in Frankfurt a. D., Dr. Carl Röß, zum Direktor derselben Anstalt zu bestätigen; dem Kreis-Physikus Dr. Rehfeld in Graes den Charakter als Sanitäts-Rath; so wie den Kreisgerichts-Sekretären Hoppe in Heilsberg, Döblich in Saalfeld und Heinrich in Soldau, und dem Kreisgerichts-Secretär Langner zu Reife in Veranlassung seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; den bisherigen Konsular-Agenten Beda in Leitsh zum Vice-Konsul daselbst zu ernennen, und der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Bonn getropfenen Wahl gemäß, den seitherigen zweiten Beigeordneten Ludwig Müller als ersten und den seitherigen dritten Beigeordneten Philipp Riegeler als zweiten Beigeordneten der Stadt Bonn für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

[Der Allerhöchste Erlass] in Betreff der Feier des 17. März lautet wörtlich wie folgt: Der erfreuliche Inhalt der nunmehr aus allen Landestheilen vorliegenden Berichte über die von Mir zu Ehren der tapferen Kämpfer von 1813, 14 und 15 angeordnete Feier des 17. März veranlaßt Mich, Meine Befriedigung wegen der dabei überall fundgegebenen warmen Sympathien des Volkes öffentlich auszusprechen, und namentlich den ständischen und städtischen Corporationen, sowie den Einzelnen, welche für die würdige Begehung des Festes willig und opferfreudig mitgewirkt haben, laut und herzlich zu danken. Es hat Mir wohlgethan, darin einen lebendigen Beweis für die treue Gesinnung zu finden, in welcher Mein Volk allen patriotischen Antrieben jederzeit zu folgen bereit ist; es ist erhebend für Mich gewesen, zu sehen, wie die unwandelbare Uebereinstimmung, welche in Preußen König und Volk mit einander verbindet, sich in der erneuten Anerkennung bethätigt hat, welche Mein Volk gemeinsam mit Mir den Kriegern zu Theil werden ließ, die für den Thron und das Vaterland Blut und Leben eingesetzt hatten. Diese Gesinnungen haben Meine Zuversicht von Neuem befestigt, daß in der Nation das Bewußtsein anzuknüpfen an ihren König, auf der Bahn des besonnenen und deshalb heilbringenden Fortschritts, und nicht auf den Irrwegen wechselnder Zeitströmungen zu finden ist. Indem Ich das Staats-Ministerium beauftrage, diesen Ausdruck Meines Dankes wie Meines Vertrauens zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, fordere Ich dasselbe auch, Mich in Meinen Bestrebungen ferner zu unterstützen, um Einwirkungen entgegen zu treten, welche das Glück Meines Volkes stören, und die einst mit seinem Blute erkämpfte nationale Größe des Vaterlandes, die glänzende Erinnerung an eine ruhmreiche Vergangenheit, zu vernichten drohen. Berlin, den 5. April 1863. Wilhelm. An das Staats-Ministerium.

Berlin, 9. April. [Se. Majestät der König] nahm heute von 10 Uhr ab den Vortrag des Kriegsministers und des Militär-Cabinetts entgegen, welcher um 11 Uhr durch einige militärische Meldungen unterbrochen wurde. Nach 2 Uhr fuhr Se. Majestät spazieren und dinirte um 5 Uhr allein.

[Zur Geschichte des Baumkuchens.] Aus Cottbus ist, wie der dortige „Anzeiger“ meldet, an die Gelehrten des „Kladderadatsch“ ein Baumkuchen mit einem Begleitschreiben abgegangen,

in welchem dagegen Verwahrung eingelegt wird, daß die Damen von Cottbus Herrn v. Bismarck einen Baumkuchen verehrt hätten. Wie die „Volkszeitung“ aus einem Privatschreiben noch ergänzend mittheilen kann, haben nur drei Damen aus dem im Kreise Cottbus gelegenen Dorfe Brunschwig, nämlich die Ehefrauen des dort wohnhaften Landraths v. Berdel, des dortigen Amtsrathes und Domänenpächters Subert, und eines Steuer-Aufsichters Koch die Adresse an Herrn v. Bismarck unterschrieben, mit welcher ihre Ehemänner den in Berlin gefaßten Loyalitätskuchen überbracht hätten.

[Der Redacteur des „Kladderadatsch“] ist wegen des Bildes in der zuletzt mit Beschlag belegten Nummer verantwortlich vernommen. Es wird also Anklage erhoben werden.

[Der Criminal-Commissarius Rodenstein] ist nunmehr durch gerichtliches Erkenntnis für blödsinnig erklärt.

K. C. Berlin, 9. April. [In der gestrigen Fraktionsversammlung der deutschen Fortschrittspartei] hat der Abg. Twisten die schleswig-holsteinische Frage angeregt; der Abg. Löwe (Dortmund) hat eine Behandlung dieser Frage im Zusammenhange mit der ganzen politischen Lage befürwortet. Die Verhandlungen sind nicht über das Stadium der ersten Anregung hinausgekommen. — Der Abg. Dunder hat folgende Resolution in der Militärfrage eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung, daß das Haus durch Annahme des von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurfes zur Abänderung des Gesetzes vom 3. September 1814 der seit 1860 lediglich thatsächlich bestehenden sogenannten Reorganisation des Heeres in ihrem ganzen Umfange zustimmen und somit zugleich sich verpflichten würde, die Gesamtkosten für diese Reorganisation zu bewilligen;

in Erwägung, daß das Haus die Aufrechterhaltung dieser Reorganisation aus volkswirtschaftlichen, finanziellen und politischen Gründen für nachtheilig hält;

in Erwägung, daß das Haus unmaßlich gewillt sein kann, einer Regierung, welche fortdauernd das Budget-Recht deselben und so die Verfassung des Landes verlegt, überhaupt erhöhte Geldmittel und damit eine verstärkte Aushebung an Mannschaften zur Verfügung zu stellen, verweist das Haus der Abgeordneten den gedachten Gesetzentwurf, erklärt aber zugleich, daß es bereit sein würde, mit einer Regierung, welche die verfassungsmäßigen Rechte des Hauses der Abgeordneten unzweideutig anerkennt, eine Reform der Wehrverfassung auf folgenden Grundlagen zu vereinbaren:

- 1) Verpflichtung jedes Preußen zur Vertbeidigung des Vaterlandes.
2) Fällige Aushebung zum stehenden Heere von höchstens 60,000 M.
3) Zweijährige Präsenzzeit bei der Fahne.
4) Reservszeit von höchstens drei Jahren.
5) Sechsjährige Dienstzeit in einer kriegsfähig organisirten und ausgerüsteten Landwehr 1. und 2. Aufgebots, welcher auch die nicht zum stehenden Heere ausgehobene Mannschaft zur Ausbildung und Verstärkung überwiesen wird.
6) Feststellung des Verfahrens bei der Aushebung, sowie der Eintheilung und Organisation des Heeres und der Landwehr im Wege der Gesetzgebung.
7) Sicherstellung der Reservisten, Landwehrmänner und Landwehr-Offiziere in der Ausübung aller ihrer staatsbürgerlichen Rechte, so lange sie nicht zum Dienste einberufen sind.
8) Beschränkung der Militär-Gerichtsbarkeit auf rein militär. Vergehen.
9) Eröffnung der Beförderung auch im Frieden für Unteroffiziere zum Offizier lediglich nach der Diensttätigkeit.
10) Erhöhte Befolgung der Gemeinden und Unteroffiziere.

Deutschland.

Darmstadt, 5. April. [Gegen den Bundestag.] Der von dem Abg. Metz erstattete Ausschusbericht über den Hauptvorschlag der Staatsausgaben ist theilweise im Druck erschienen. Die Mehrheit des Ausschusses beantragt hiernach, ohne sich durch die in der hier fraglichen Beziehung mit der vorigen Kammer vereinbarten festen Etats für gebunden zu erachten, die Anforderungen für unsere Gesandten in Wien, Paris, Berlin und Frankfurt zu streichen, und statt dieser gestrichenen Posten im Gesamtbetrag von 58,500 fl. die die Summe von 15,000 fl. in der Weise zu bewilligen, daß die großherzogliche Regierung hieraus die nöthigen Auslagen, Diäten und etwaige Befoldungen für Missionen und Gesandtschaften jeder Art bestreite. Die decretmäßigen Gehalte der demaligen betreffenden Gesandten sollen nach dem Vorschlag des Ausschusses auf den Pensionsfonds verwiesen werden. Der Bericht über die Bundestagsgesandtschaft sagt wörtlich:

„Wir können hierfür streng genommen schon deshalb eine besondere Summe nicht bewilligen, weil wir durch die Ereignisse von 1848 die Bundesversammlung als rechtlich aufgehoben ansehen müssen, und die jegliche sogenannte Bundesversammlung nur als eine thatsächlich bestehende, rechtlich aber — weil nach ihrer gesetzlichen vollständigen Aufhebung ohne Einwilligung sämmtlicher deutscher Kammern nicht wieder zu constituirende — nicht berechtigte Versammlung betrachten dürfen. Nur weil das Großherzogthum Hessen allein natürlich die deutsche Frage nicht lösen und durch seinen Einspruch die Bundesversammlung nicht außer Wirksamkeit setzen kann, wollen wir dieser hiermit niedergelegten Resolution wahrung keine weitere Folge geben, glauben dagegen um so mehr darauf beharren zu müssen, daß auf Wahrung der Mitwirkung des Großherzogthums bei den desfalligen sogenannten Bundesbeschlüssen möglichst geringe Ausgaben verwendet werden.“

Es wird hiernach bei der „notorisch geringen Thätigkeit des Bundestagsgesandten“ vorgeschlagen, den Gesandtenposten in Frankfurt mit „einigen hundert Gulden“ von Darmstadt aus versehen zu lassen.

Aus Holstein, 4. April. [Der Staatsreich.] Die Würfel sind also gefallen. Durch die königl. Rescripte vom 30. März sind die kühnsten Erwartungen der Eiderdänen übertroffen worden. Der König hat die in der Casino-Versammlung vom 28. März gefaßten Resolutionen vollständig sanctionirt. — Seit der kopenhagener Revolution von 1848 hat für die Herzogthümer kein Ereigniß eine solche Bedeutung gehabt, wie diese allerhöchste Bekanntmachung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieselbe nach den Grundätzen des Völkerechts einen Friedensbruch vollständig enthält. Alle seit 1851 dänischerseits gegebenen Zusicherungen werden gänzlich ignorirt. Man geht auf das Programm der revolutionären eiderdänischen Casino-Partei von 1848 zurück; — ja, man geht weiter als dieses. Die kopenhagener Revolution von 1848 bezweckte die Incorporation Schleswigs in Dänemark; aber man wollte Schleswig in Dänemark aufnehmen, wie Posen in Preußen aufgenommen ist, man wollte das dänische Grundgesetz mit allen seinen Freiheiten auf Schleswig ausdehnen; Schleswig sollte alle Vortheile eines dänischen Landesheilbes genießen. Holstein dagegen sollte ein selbstständiger, unabhängiger Staat mit getrennten Finanzen, eigener Militärverfassung u. s. w. werden. Jetzt ist die Incorporation Schleswigs eine vollendete Thatsache; aber Schleswig ist nicht als ein gleichberechtigter Landestheil in das dänische Königreich eingefügt, es steht nicht wie Posen zu Preußen, es steht wie eine altrömische Provinz zu der Stadt Rom; es hat wohl dänische Sprache, dänische Münze, dänische Beamte erhalten, aber keine dänische Pressefreiheit, kein dänisches Versammlungs- und Petitionsrecht u. — Und Holstein! — Holstein ist jetzt nur so weit ausgefondert, daß

ihm jeder Zusammenhang mit Schleswig und jeder Einfluß auf die Angelegenheiten der Monarchie benommen ist.

Österreich.

Wien, 9. April. [Esterlaffung des Grafen Apponyi.] Die „Wiener Z.“ bringt heute folgende allerhöchste Handschreiben:

Italien.

* Rom, 4. April. [Für Polen.] Der Papst hat sich an den Kaiser von Oesterreich gewandt, um ihn zur Mitwirkung für die Auferstehung Polens anzuregen.

Russland.

Unruhen in Polen.

* [Die Expedition von England nach Polen.] Wir haben gestern vom Schicksale der polnischen Expedition gesprochen, die auf einem englischen Dampfer nach der Ostsee zog.

Die Polen, und in ihrem Namen Joseph Demontowicz, Bevollmächtigter der provisorischen Regierung, haben von Malmö, 30. März, auch einen Protest an den englischen Konsul gerichtet.

Krafczu, 6. März. [Ueber den Ursprung der Proclamationen.] betreffend die Niederlegung der Waffen, bin ich im Stande, Ihnen jetzt ausführlichere Mittheilung zu machen.

Breslau, 10. April. Gestohlen wurden: Katharinenstraße Nr. 8 ein weißer wattirter Frauen-Unterrock; einem Herrn während seines Verweilens im Volksgarten aus der Seitentasche des Rockes ein Notizbuch.

[Unglücksfall.] Am 7ten d. Mts., Nachmittags, verunglückte in einem Hause der Marianenstr. ein daselbst wohnhafter Schloßergeselle, indem derselbe im Gespräch mit einer andern Person begriffen, sich so weit über das Treppengeländer des dritten Stockwerks hinwegbog, daß er das Gleichgewicht verlor.

[Vermächtniß.] Die verehelichte Häusler Werner, Marie Elisabeth, geb. Schubert, zu Hartleibsdorf bei Löwenberg hat der Blinden-Unterrichts-Anstalt zu Breslau 20 Thlr. letztwillig zugewendet.

Wien, 9. April, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Gute Stimmung. 5pro. Metall 76, 80, 4pro. Metall 69, 25, 1854er Loose 95, 25, Hans-Anleihen 80, 1, Nordbahn 184, 10, National-Anleihe 81, 70, Staats-Eisenbahn-Creditantheil 207, 10, Aktien-Cert. 221, 50, London 110, 10, Hamburg 82, 40, Paris 43, 80, Gold —, Silber —, Böhmische Westbahn 162, 75, Lombardische Eisenbahn 264, —, Neue Loose 133, 25, 1860er Loose 97, 50.

Mielenki'schen Schaaeren unter Malzewski von der russischen Uebermacht unter Oberst Brunner befreite und in den Stand setzte, durch Zugabe sich zu verstärken und den kleinen Krieg fortzusetzen.

Krafczu, 9. April. General Berg ist in Warschau angekommen (ist bereits von unferem warschauer Correspondenten gemeldet in Nr. 165) und hat den versammelten Offizieren die kaiserliche Zufriedenheit mit der Armee ausgedrückt.

Amerika.

Newyork, 26. März. [Neueste Post.] Ein Corps Conföderirter unter General Longstreet ist in Kentucky eingerückt. Zu Louisville herrscht große Bestürzung.

[Unionistische Taktik.] Ein eifriger Vertheidiger der unionistischen Sache, sagt der manchesterer „Guardian“, hat vor kurzem den neuen Kriegsplan der wasingtoner Regierung auseinandergesetzt.

* Breslau, 10. April. [Die Reise nach Konstantinopel.] Aus Syra bringt die „Wiener Ztg.“ folgende telegraphische Depesche: Die Touristen aus Wien sind heute — Mittwoch — Früh 6 Uhr sämtlich in gutem Wohlfsein in Syra eingetroffen.

* Breslau, 10. April. [Von der Reisegesellschaft nach Konstantinopel] ist heute Nachts ein Telegramm aus Pera Abends 8 Uhr 10 Min. eingegangen.

Breslau, 10. April. Gestohlen wurden: Katharinenstraße Nr. 8 ein weißer wattirter Frauen-Unterrock; einem Herrn während seines Verweilens im Volksgarten aus der Seitentasche des Rockes ein Notizbuch.

[Unglücksfall.] Am 7ten d. Mts., Nachmittags, verunglückte in einem Hause der Marianenstr. ein daselbst wohnhafter Schloßergeselle, indem derselbe im Gespräch mit einer andern Person begriffen, sich so weit über das Treppengeländer des dritten Stockwerks hinwegbog, daß er das Gleichgewicht verlor.

[Vermächtniß.] Die verehelichte Häusler Werner, Marie Elisabeth, geb. Schubert, zu Hartleibsdorf bei Löwenberg hat der Blinden-Unterrichts-Anstalt zu Breslau 20 Thlr. letztwillig zugewendet.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Der Barometerstand bei 0 Grad, in Pariser Einheiten, die Temperatur der Luft nach Reaumur, Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter.

Breslau, 10. April. [Wasserstand.] D. P. 15 F. 11 Z. U. P. 2 F. 5 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 9. April, Nachm. 3 Uhr. Die 3pro. begann zu 70, wich auf 69, 95, stieg auf 70, 25 und schloß fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen.

Frankfurt a. M., 9. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Belebtes Geschäft in hiesr. Effekten bei ziemlich fester Haltung.

Berliner Börse vom 9. April 1863.

Table with columns: Fonds- und Gold-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien, Ansländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien, Wechsel-Course.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Actien, Bank- und Industrie-Papier, Wechsel-Course.

Breslau, 9. April. Weizen loco 58-68 Thlr. nach Qualität, gelber poln. 66 Thlr. frei Haus bez., gelber schlesischer 64 Thlr. ad Boden bez.

* Breslau, 10. April. Wind: Nord. Wetter: veränderlich. Thermometer Früh 3° Wärme. Barometer 29 1/2''.

Beiser Weizen 64-72-77 Widen 32-38-42 Gelber Weizen 63-67-74 Sgr. pr. Sad à 150 Pfd. Brutto. Roggen 48-50-52 Schlag-Weinfaat 190-200-210 Gerste 32-36-40 Winter-Waps Winter-Rüben Haier 24-26-28 Sommer-Rüben Erbisen 43-48-52